

## „DIE INNEN- UND AUßENPOLITISCHEN SCHWERPUNKTE

### RUMÄNIENS VOR DEM EU-BEITRITT“.

#### Bericht zur Veranstaltung

<b>Referent:</b>	S.E. Traian Basescu (Staatspräsident Rumäniens)
<b>Moderation:</b>	Dr. h. c. Susanne Kastner (MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags und Vorsitzende des Deutsch-Rumänischen Forums);
<b>Veranstalter:</b>	Friedrich-Ebert-Stiftung, Deutsch-Rumänisches Forum e.V.
<b>Termin:</b>	21.03.2005, 17:30 Uhr
<b>Ort:</b>	Konferenzsaal der Friedrich-Ebert-Stiftung Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

#### „Europa beginnt viel weiter östlich“

Der Vortrag wurde eingeleitet von Frau Anke Fuchs von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Nach den obligatorischen Vorstellungen sprach sie drei Fragen an, die im Zuge der Erweiterung der EU zu bedenken sind:

1. Wie ist ein soziales Europa zu gestalten, das wirtschaftlich leistungsfähig ist?
2. Welche Werte und Ziele sollen in einer gemeinsamen Außenpolitik verfolgt werden?
3. Welchen Beitrag kann Rumänien in der EU leisten?

Dann wurde Staatspräsident Traian Basescu ans Rednerpult gebeten. Er begann seinen Vortrag mit der Feststellung, dass der EU-Beitritt zu diesem Zeitpunkt nicht länger eine Frage der Außenpolitik Rumäniens sei. Während der Beitrittsverhandlungen sei sie das gewesen. Die Umsetzung der Kriterien vor dem Beitritt ist jedoch eine innenpolitische Aufgabe. Er sprach die wichtigsten Aufgaben an, die in nächster Zeit Priorität haben und bei denen in den drei Monaten seit seiner Wahl bereits Fortschritte erzielt wurden. Dazu gehören die Korruptionsbekämpfung, die Schaffung einer unabhängigen Justiz, eine Leistungssteigerung der Wirtschaft und die Anpassung an EU-Standards im Umweltschutz. Bei der Korruptionsbekämpfung habe es bereits enorme Fortschritte gegeben. So seien Konten von verdächtigen Unternehmen gesperrt und bestechliche Beamte und Generäle entlassen worden. Die Praxis, dass staatsnahe Unternehmen keine Steuern zahlen, wurde ebenfalls beendet. Außerdem wurde dem Parlament ein Gesetzentwurf vorgelegt, welcher die Offenlegung der

Einkünfte von Politikern und ihren Familienmitgliedern vorsieht. Die Richtlinie sei eine der strengsten in Europa und soll durch eine Kontrollinstanz überwacht werden. Traian Basescu sprach vom politischen Willen der vorhanden sei, Erfolge in der Korruptionsbekämpfung zu erzielen. Die staatlichen Institutionen stehen im Dienst des rumänischen Volkes und sind zu verantwortungsvollem Handeln verpflichtet.

Ähnliche Fortschritte seien auf dem Gebiet der Justiz gemacht worden. Sie wurde dem „Obersten Rat“ unterstellt, einem gewählten Gremium, das aus Richtern und Staatsanwälten zusammengesetzt ist. Damit soll die Unabhängigkeit der Justiz von Weisungen des Staatsoberhauptes sichergestellt werden. In wirtschaftlicher Hinsicht stellt sich für Rumänien im Moment die Frage nach den Chancen der Unternehmen im europäischen Wettbewerb. Viele Betriebe könnten nur mit staatlicher Hilfe bestehen. Um dies zu ändern sind schwierige Maßnahmen nötig. Subventionen sollen weitgehend abgebaut werden, es sei denn sie entsprechen den Kriterien der Europäischen Union. In diesem Zusammenhang sind auch Schließungen unrentabler Unternehmen vorgesehen. Eng mit den wirtschaftlichen Entscheidungen verbunden sind Fragen der zukünftigen Umweltpolitik. Herr Basescu räumte die Defizite auf diesem Gebiet ein und versprach eine Annäherung an die europäischen Standards in den nächsten Jahren. Dazu müsse in den Parteien jedoch erst ein Bewusstsein für den Umweltschutz entwickelt werden.

Nach den Zielen der Innenpolitik folgten die außenpolitischen Fragen. Hier sprach der Staatspräsident die Probleme der EU- und NATO- Außengrenzen, Energiefragen, die Balkanproblematik, den Konflikt in Transnistrien, das Verhältnis zu den USA und die Verpflichtung für die Schwarzmeerregion an, die sich für Rumänien als Anrainerstaat ergeben. Rumänien habe sowohl Verpflichtungen im Westen als auch im Osten und dürfe demzufolge seine Außenpolitik nicht einseitig ausrichten. Die Sicherung der Außengrenzen von EU und NATO ist eine schwierige Aufgabe für Rumänien, besonders im Hinblick auf aktuelle Probleme wie Drogenhandel, Menschenhandel aber auch auf Konflikte in den angrenzenden Staaten. Rumänien hat Verpflichtungen in der Schwarzmeerregion und möchte diese auch erfüllen. Dazu gehört auch die Unterstützung der Demokratisierungsprozesse in den ehemaligen Sowjetrepubliken. Konkret wurde hier die Ukraine angesprochen. Juschtschenko sei zwar gewählt, aber es ist nicht sicher, ob er auch die Macht besitzt. Das

Vorhandensein von alten Strukturen, die in die Geschicke des Landes eingreifen ist nicht auszuschließen. Auch auf die Republik Moldau ging Staatspräsident Basescu ein. Er sprach den Konflikt um die Provinz Transnistrien an, der gelöst werden müsse, bevor um den Beitritt zur EU verhandelt werden könne. Ebenfalls von Bedeutung für die Außenpolitik Rumäniens sei der Balkan. Dauerhaft können die Probleme der Region nur über die gleichwertige Mitgliedschaft in der EU gelöst werden. „Schwarze Löcher“ auf der Landkarte Europas könne man sich nicht leisten. Er erinnerte an die Schwierigkeiten Rumäniens und Bulgariens die Kriterien zu erfüllen und forderte, sich davon nicht abschrecken zu lassen. Das Hinauszögern der Beitrittsverhandlungen könne in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens zum erneuten Ausbrechen von Konflikten führen.

Auch in Energiefragen ist Rumänien ein wichtiger Partner der EU, da es sich an einer Schnittstelle zwischen Europa und dem Nahen Osten befindet. 50% des in der EU benötigten Öls werden über Rumänien geliefert. Von strategischer Bedeutung ist das Verhältnis zu den USA. In Europa sei der Begriff „Achse Bukarest-London-Washington“ häufig missverstanden worden. Gute Beziehungen zu Washington sind für Rumänien wichtig, insbesondere wirtschaftliche Unterstützung, sowie Hilfe bei Konflikten. Im Gegenzug werde man aber auch seinen Verpflichtungen gegenüber den USA in vollem Umfang nachkommen.

Staatspräsident Basescu schloss seinen Vortrag mit dem Aufgreifen der Frage, welchen Beitrag Rumänien in der EU leisten kann. Rumänien wäre nach der Aufnahme der siebtgrößte Staat der EU und hat mit seinen 22 Millionen Einwohnern ein großes Entwicklungspotential. Die Arbeitskräfte sind gut ausgebildet und bereit für den europäischen Wettbewerb. Das Ziel Rumäniens ist die gleichwertige Teilnahme am gemeinsamen Markt und an der Entwicklung der EU. Die dafür noch anstehenden Verwaltungsaufgaben müssten zufrieden stellend gelöst werden um das Ziel zu erreichen, dass Europa weiter östlich beginnt, als das heute der Fall ist.

Die anschließende Diskussion wurde von Dr. h. c. Susanne Kastner geleitet, die sich als Vorsitzende des Deutsch-Rumänischen Forums e.V. stark für Rumänien engagiert. Sie stellte zu Beginn zwei Fragen. Zum einen fragte sie nach der Gegenfinanzierung der Senkung der Sozialversicherungsbeiträge und der Senkung von Einkommens- und Körperschaftssteuer auf 16 %. Zum anderen verwies sie auf das Haushaltsdefizit, welches noch zu schließen sei um

den Beitritt zu ermöglichen. Herr Basescu antwortete, dass die Mittel zur Gegenfinanzierung der Steuerreform „von den Dieben stamme“ um dies dann weiter zu präzisieren. Die Schattenwirtschaft sei bisher in Rumänien enorm hoch gewesen. Durch die einheitlichen Steuersätze sei jedes Unternehmen verpflichtet Steuern zu zahlen. Es werde somit sichtbar welche Unternehmen bis jetzt keine Steuern gezahlt hätten. Die Nachzahlungen würden zur Gegenfinanzierung genutzt. Die positiven Auswirkungen der Steuerreform sind bereits sichtbar. Das Steueraufkommen in Rumänien sei in den letzten drei Monaten kontinuierlich gestiegen, im Durchschnitt zwischen 12-14%. Die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge sei eine Maßnahme, die nur in Transformationsländern durchgeführt werden könne. Er räumte allerdings auch ein, dass die Gefahr des Sozialdumpings sehr hoch sei.

Die nächste Frage betraf die Pressefreiheit in Rumänien, sowie die Förderung der Journalisten im Ausland. Momentan werden mehrere rumänische Zeitungen im Ausland gefördert. Angaben, welche genau, konnten nicht gemacht werden. Um die Pressefreiheit des Landes stehe es gut, er selbst sei der meistkritisierte Politiker des Landes. Bei einer Einschränkung der Presse wären negative Äußerungen nicht möglich. Jedoch verwies Herr Basescu darauf, dass Vertreter der Massenmedien nicht politisch aktiv sein sollten um ihre Objektivität zu wahren.

Der nächste Fragesteller griff das Thema der Justizreform auf. Er schilderte die Trägheit der zuständigen Behörden in laufenden Verfahren und fragte nach konkreten Plänen zur Verbesserung dieses Zustandes. Traian Basescu räumte die bestehenden Probleme ein und nannte Gründe dafür. Zum einen war die Justiz nicht ausreichend auf Neuerungen vorbereitet. Zum anderen müssen viele Verfahren, besonders im Wirtschaftsrecht, aufgearbeitet werden. Traian Basescu verwies noch einmal darauf welche Fortschritte bereits erzielt wurden und versprach, dass an den Problemen gearbeitet wird. Der nächste Redebeitrag beschäftigte sich mit der Zivilgesellschaft im Land, insbesondere mit der Kritikfähigkeit der Jugend. Der Redner schilderte den Inhalt einer selbstverfassten Studie, die besagt, dass die Jugend Rumäniens zu Gehorsam erzogen sei und sich zurückziehen würde. Er wertete das als Zeichen einer diktatorisch geprägten Gesellschaft. Die Ursache liege im schlechten Bildungssystem, welches junge Menschen nicht befähige ihre Potentiale auszuschöpfen. Er forderte mehr Möglichkeiten für die Jugend am politischen Leben zu partizipieren.

Anschließend bat er den Staatspräsidenten sich dazu zu äußern. Dieser widersprach der Kritik energisch und verwies auf die neue junge intellektuelle Schicht, die an den Universitäten ausgebildet werde. Problematisch sei lediglich deren Chancenlosigkeit auf dem heimischen Arbeitsmarkt und die Abwanderung in andere Länder. Die nächste Rednerin griff das Thema auf und fragte nach den Möglichkeiten, die Abwanderung zu stoppen und nach Wegen die rumänische Staatsbürgerschaft zurückzubekommen. Die Antwort war ernüchternd: der Prozess sei schwer aufzuhalten. So lange im Ausland die Löhne und Gehälter wesentlich höher sind, wird dieser Prozess sich fortsetzen. Nur durch einen wirtschaftlichen Aufschwung und Investitionen von Unternehmen in Rumänien lässt sich daran etwas ändern. Die Staatsbürgerschaft zurückzubekommen ist hingegen unproblematisch. Die nächste Frage griff noch einmal das Thema Korruption auf. Es wurde am konkreten Fall eines Plagiatismusvorwurfs gegen einen Mitarbeiter des Kulturministeriums die Frage nach Transparenz im Handeln der staatlichen Institutionen gestellt. In Unkenntnis der Hintergründe dieses Falls konnte Herr Basescu nur die Prüfung ankündigen. Er bestätigte jedoch, dass Plagiatismus eine Straftat sei und dass bei Vorliegen eines einschlägigen Gerichtsurteils die Weiterbeschäftigung der entsprechenden Person fragwürdig ist.

Nach dem abschließenden Lob eines Redners für die mutige Steuerreform in Rumänien, an der sich Deutschland ein Beispiel nehmen könne, musste Frau Kastner die Fragen energisch abrechnen, da Traian Basescu bereits zum nächsten Termin beim Sender Deutsche Welle erwartet werde. Er verabschiedete sich gegen 19:00 Uhr unter Beifall der Anwesenden.

*Kristin Schreiter*